

Dr. Karsten Rudolph (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur zu ein oder zwei Aspekten der Debatte vorweg Folgendes: Ich weiß nicht, ob ich Sie, Herr Kruse, in Bezug auf die Verteidigung der sozialen Marktwirtschaft richtig verstanden habe. Ich meine, die soziale Marktwirtschaft wird nicht durch Extremisten infrage gestellt, die im Verfassungsschutzbericht beschrieben werden, sondern durch unverantwortlich handelnde Neoliberale und Bankmanager,

(Beifall von SPD, GRÜNEN und Rüdiger Sagel [fraktionslos])

die in der Tat bei einer breiten Mehrheit der Bevölkerung Zweifel daran ausgelöst haben, ob wir es noch mit einer sozialen Marktwirtschaft zu tun haben oder ob es in Wahrheit nicht schon eine Marktgesellschaft ist.

(Christian Lindner [FDP]: Was ist das denn für ein intellektueller Tiefflug? Sie schaffen es, jede Debatte zu instrumentalisieren!)

Zweitens. Zu dem, was der Kollege Engel zur Linkspartei ausgeführt hat, kann ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der rechten Seite des Hauses, nur sagen: Wir stellen Ihnen den Mitschnitt der Rede von Edgar Moron zur Verfügung. Ich rate Ihnen, sich diesen einmal im Monat anzuhören und auf sich wirken zu lassen.

(Beifall von der SPD)

Zum Thema: Die Zahlen sind genannt. Diese stehen ja für Taten. Dahinter stehen Menschen, und zwar sowohl diejenigen, die diese Taten verüben, als auch diejenigen, die unter ihnen gelitten haben oder noch leiden müssen. Diese Zahlen zeigen im Grunde genommen nur die Spitze eines Eisberges, der wandert und sich verändert hat. Deswegen haben wir

diese Debatte angeregt. Wir reden eben, wenn wir heute über Rechtsextremismus sprechen, nicht mehr über einen Rechtsextremismus, wie wir ihn vor zehn oder 15 Jahren kennengelernt haben.

In den letzten Jahren haben wir einen Siegeszug der NPD im Spektrum der rechtsextremen Wahlparteien feststellen können, der offensichtlich nicht, jedenfalls nicht in vielen ostdeutschen Bundesländern, durch die Bürgerinnen und Bürger gestoppt wurde, sondern offensichtlich jetzt durch das finanzielle Gebaren der Partei gestoppt wird. Sie soll ja nach Meldung von heute bis zum 1. Mai 2,2 Millionen € zurückzahlen. Das wird nach aller Kenntnis der Dinge die NPD finanziell ruinieren und wahrscheinlich auch politisch zerstören. Was dann sozusagen aus den Abfallresten der NPD wird, ist noch eine offene Frage.

Es ist ja die zweite wirklich neue und auch gefährliche Entwicklung, dass sich eben eine rechtsextreme Wahlpartei wie die NPD anders als noch vor zehn oder 15 Jahren offensichtlich mit gewaltbereiten und gewalttätigen nationalen Rechtsextremisten, mit Kameradschaften verbündet und vernetzt hat, die gleichsam als SA, um das einmal historisch auszudrücken, für die NPD fungieren, die sich von diesen Gewaltdaten angeblich sauber halten will. Das ist neu.

Auch die Ideologie, mit der die antreten, ist neu. Sie werden vielleicht festgestellt haben, dass der übliche Antikommunismus, den rechtsextreme Parteien vortragen, bei Weitem nicht mehr so im Vordergrund steht und durch einen antisemitisch eingefärbten Antiamerikanismus ersetzt wurde. Die machen Antikriegsdemonstrationen. Wir alle wissen, dass dieses Thema die Bürgerinnen und Bürger umtreibt. Sie präsentieren sich als soziale Nationalisten und versprechen Sicherheit und Zukunft, die eigentlich in die

Vergangenheit führt. Sie treten für einen kulturellen Rassismus ein. Die Einstellungsmuster sind ja bereits vom Kollegen Kutschaty genannt worden. Diese Einstellungen werden teilweise offen nach vorne getragen, die offensichtlich nicht wenige Bürgerinnen und Bürger nicht offen, vielleicht unausgesprochen teilen. Das macht im Grunde genommen auch die Gefahr aus.

Es ist nun die Herausforderung für die Demokraten, dieser Gefahr zu begegnen. Das heißt, wir müssen, wenn wir in der Bekämpfung des Rechtsextremismus erfolgreich sein wollen, wissen, was Rechtsextremisten wollen, was sie fordern und wie sie vorgehen.

Es ist richtig, gemeinsame Erklärungen zu verabschieden und einen Konsens der Demokraten zu betonen. Hier bin ich völlig auf der Seite derjenigen, die das gesagt haben. Aber wir müssen natürlich auch inhaltlich argumentieren und fragen, warum beispielsweise ein Einsatz der deutschen Bundeswehr in Afghanistan Sinn macht, denn dort wird auch gekämpft. Wir müssen politisch durchargumentieren, warum es keinen Rückweg in einen Nationalstaat geben kann, wenn man soziale Sicherheit haben will. Wir müssen offen dafür eintreten, dass diese Gesellschaft eine Gesellschaft ist, die inzwischen viele Kulturen kennt, wo sehr viele Menschen ganz unterschiedlicher Art aus unterschiedlichsten Himmelsrichtungen eingewandert sind.

Schließlich: Es sind nicht nur die Veränderungen im Wahlspektrum der Partei und die veränderte Ideologie, sondern - das ist das eigentlich Besorgniserregende - wir haben es streckenweise auch in Nordrhein-Westfalen mit durchaus ausgewachsenen Ansätzen einer neuen sozialen Bewegung zu tun, die sich inzwischen in den Protestformen und Aktionsformen, die man vorher von anderen Bewegungen kennt, bewegt,

die Graswurzelarbeit macht und Kinder mit Hausaufgabenhilfe verführt, die Musik anbietet, die durchaus in bestimmten Kreisen populär ist. In dieser Bewegung gibt es Unternehmer, die ökonomisch davon überleben, dass sie diese Musik an Kinder und Jugendliche verkaufen. Das hat sich teilweise in einem regelrechten Milieu verfestigt. Die eigentliche Herausforderung auch für die kommunale Politik von uns allen liegt darin, dafür zu sorgen, dass sich solche Einstellungen nicht in einem regelrechten Milieu verfestigen.

Letzter Satz, weil meine Redezeit zu Ende ist: Wir müssen überlegen, wie wir die Netzwerke gegen Rechts stärken. Es gilt immer das, was Johannes Rau gesagt hat: Der Kampf gegen den Rechtsextremismus darf keine Saisonarbeit sein. Er muss jeden Tag stattfinden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Dr. Rudolph. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Frau von Boeselager.